

Freie Demokraten Limburg

FDP: FAHRVERBOTE FÜR LIMBURG VERMEIDEN

11.01.2019

FDP: FAHRVERBOTE FÜR LIMBURG VERMEIDEN

Die neu gewählte Landtagsabgeordnete der FDP, Marion Schardt-Sauer, zeigt sich sehr erfreut, dass sich nun auch CDU und SPD in Limburg mit dem Thema „Diesel-Fahrverbot“ aktiv beschäftigen. In den Haushaltsreden im Limburger Stadtparlament hatten die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD die Messmethoden, die Positionierung und die Relevanz der Grenzwerte sehr deutlich in Frage gestellt.

„Wir Freie Demokraten beschäftigen uns auf allen Ebenen mit der Debatte um Grenzwerte für Dieselfahrzeuge, Messstandorte und die Fahrverbote“, so Marion Schardt-Sauer. Schardt-Sauer hatte sich für die FDP im Landtagswahlkampf sehr intensiv mit dem für Limburg konkret drohendem Fahrverbot befasst. Fragwürdige Grenzwerte als Ergebnisse von fragwürdigen Standorten führten dazu, dass Menschen enteignet werden und ihrer Freiheit beraubt werden. Mobilität sei Freiheit, so die Bewertung der FDP und Fahrverbote schränken diese Freiheit deutlich ein. Sachliche Expertise, Gutachter, Wissenschaftler – all dies habe bisher in der emotional geführten Debatte leider nichts gezählt. Nun aber nehme die Zahl derer, die sich in dieser Debatte zu Wort melden, erfreulicherweise zu. Mediziner finden Gehör, Institute bringen sich ein. Dies, so die Limburger FDP-Politikerin, trage sehr zur Versachlichung der Debatte bei. Wenn nun in Limburg die Vorsitzenden der beiden größten Fraktionen wesentliche Eckpunkte der Dieseldiskussion auf den Prüfstand stellen und sachlich hinterfragen, sei dies ein positives Signal. Aus Sicht der FDP könne man dies nur begrüßen, sei man doch nicht länger mehr der einsame Rufer in der aufgeheizten Debatte.



„Diese Einsicht kommt reichlich spät, **aber vielleicht nicht zu spät**“ , so Marion Schardt-Sauer und **kündigt für die nächste Parlamentssitzung in Limburg einen Antrag der FDP-Fraktion an**. „Seitens der FDP hoffen wir sehr, dass sich die frisch gewonnene Einsicht von CDU und SPD dann auch in ein einvernehmliches Abstimmungsverhalten verwandeln lässt und man gemeinsam einen konstruktiven Antrag verabschieden kann. So bewirken wir gemeinsam etwas für die Menschen in der Region!“